

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

AsF NRW
SGK NRW
SPD-Ratsfraktionen NRW
NRW SPDqueer

Anja Butschkau MdL
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 26 38
Fax: 0211 - 884 31 25
anja.butschkau@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

Newsletter Arbeitskreis Frauen und Gleichstellung der SPD-Landtagfraktion NRW

21.09.2017

Liebe Genossin,
lieber Genosse,

unser Arbeitskreis für Frauen und Gleichstellung hat sich neu zusammengestellt und seine Arbeit aufgenommen. Unsere ehemalige Sprecherin Regina Kopp-Herr ist jetzt neue Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen im Landtag von Nordrhein-Westfalen.



Innerhalb unserer Fraktion bin ich zur Sprecherin für Frauen und Gleichstellung gewählt worden. Mein Name ist Anja Butschkau, bin 51 Jahre alt, verheiratet und Mutter einer erwachsenen Tochter. Ich bin im Mai über das Direktmandat im Wahlkreis Dortmund IV neu in den Landtag eingezogen und bin neben dem Ausschuss für Frauen und Gleichstellung noch im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend aktiv. In der SPD engagiere ich mich zudem auf Landesebene in der AfA und der AsF.

Ich freue mich darauf, Euch in regelmäßigen Abständen über unsere frauen- und gleichstellungspolitische Arbeit zu informieren und möchte mit der vergangenen Plenarwoche beginnen.

Antrag „Ehe für Alle“

Der 30. Juni 2017 war aus familien- und gleichstellungspolitischer Sicht ein Tag von historischer Bedeutung. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare erhält den

rechtlichen Status, den sie schon längst verdient hat und wird somit Realität in Deutschland. Das ist ein großer Erfolg jahrelanger Arbeit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen.

Da das Gesetz zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare nächsten Monat in Kraft tritt, haben wir die Landesregierung aufgefordert, eine reibungslose Umsetzung der Ehe für Alle in NRW sicherzustellen. Die gesellschaftliche Aufgeschlossenheit und Akzeptanz alternativer Familienformen ist in der Bevölkerung schon längst vorhanden. Daher haben wir ein entsprechendes Bekenntnis auch von Seiten der Landesregierung erwartet. In der Umsetzung des Gesetzes zur vollständigen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare, müssen die Kommunen effizient unterstützt werden. Darüber hinaus haben wir gefordert, dass die Umwandlung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe gebührenfrei durchgeführt wird. Leider wollten die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP unserem Antrag nicht zustimmen. Zu groß scheinen die unterschiedlichen Einstellungen innerhalb der CDU und FDP in dieser Frage zu sein.

Antrag „Endlich raus aus der „Teilzeitfalle“ - Rückkehrrecht von unbefristeter Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung schaffen!“

Es sind insbesondere Frauen in unserem Land, die in der so genannten „Teilzeitfalle“ stecken bleiben. Nach einer Auszeit vom Job haben sie häufig keine Chance, wieder in einen Vollzeitjob zurückzukehren. Viele Frauen wünschen sich aber ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit. Um dieses Thema weiter öffentlich zu diskutieren, haben wir als SPD-Landtagsfraktion diesen Antrag gestellt. Wir fordern, dass die Rechte der Frauen und Beschäftigten in Teilzeit gestärkt werden und ein Rückkehrrecht gesetzlich verankert wird. Wir haben darauf hingewiesen, dass Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hierfür bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte. Die Verhandlungen sind jedoch am Widerstand von CDU/CSU und Arbeitgebern immer wieder gescheitert. Für uns ist klar, dass es zwingend einer gesetzlichen Lösung des Problems im Sinne der Betroffenen bedarf. Die CDU/FDP geführte Landesregierung darf sich hierbei ihrer Verantwortung nicht entziehen. Deswegen haben wir die Landesregierung aufgefordert, sich konsequent auf Bundesebene für die Schaffung eines gesetzlichen Rückkehrrechts einzusetzen. Diesen Antrag werden wir weiterhin konstruktiv in den zuständigen Fachausschüssen beraten.

CDU und FDP ohne Plan bei der Frauenförderung im Öffentlichen Dienst

Der neue Kurs in der Gleichstellungspolitik von Schwarz-Gelb wurde in der Reform des Landesbeamtengesetzes NRW direkt zu Beginn der Regierungszeit deutlich: Die Änderung des Landesbeamtengesetzes ist ein zu erwartender Schnellschuss von Schwarz-Gelb. Ohne jegliche Not wird ein Gesetz wieder abgeschafft, auch wenn eine adäquate Anschlussregelung fehlt. Die Anhörung zum Gesetzentwurf hatte belegt, dass es im öffentlichen Dienst, mit steigender Hierarchiestufe, eine Abnahme der Repräsentanz von Frauen gibt und dass die alte Rechtslage nicht die gewünschten Erfolge gebracht hat.

Zudem wurde deutlich, dass die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes nicht, wie von Schwarz-Gelb behauptet, festgestellt wurde. Die Landesregierung hat eine entsprechende Prüfung vor dem Verfassungsgerichtshof NRW wieder zurückgezogen. Jetzt einfach nur ein Gesetz abzuschaffen und keinen Plan zu haben, wie es weitergeht, ist zu wenig. Hier zeigt sich wieder einmal, dass es CDU und FDP an Willen mangelt, die Frauenförderung überhaupt voranzutreiben. Der nun vorgeschlagene Weg schafft weder eine Rechtsklarheit, noch Zufriedenheit in der Belegschaft. Vielmehr nehmen CDU und FDP sehenden Auges diese strukturelle Benachteiligung weiterhin hin.

Wir freuen uns auf Euer Feedback und Eure Denkanstöße zu unseren politischen Initiativen. Selbstverständlich stehen wir Euch sehr gerne für einen konstruktiven Austausch zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Anja Butschkau". The signature is written in a cursive, flowing style.

Anja Butschkau MdL